

Denkt besonders an die Frauen bei der Wahlvorbereitung!

In den Kreisen, Städten und Gemeinden rüsten wir uns zur Vorbereitung der Wahlen am 23. Juni 1957. Dabei kommt der Aufklärung unter den Frauen, die die Mehrheit der Wahlberechtigten darstellen, eine große Bedeutung zu. Eines der Probleme, das in der Vorbereitung der Wahlen zu beachten ist, besteht deshalb darin, zu untersuchen, inwieweit die Politik der Regierung bei der Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau vorangeschritten ist. Dabei muß z. B. geprüft werden, ob die Erfüllung des Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau dem heutigen Stande unserer Entwicklung entspricht.

Die Frauen werden in der Wahlvorbereitung natürlicherweise die Frage stellen: „Was haben die örtlichen Organe der Staatsmacht getan, um den neuen Forderungen der Frauen insbesondere nach der Entlastung von der Hausarbeit und der Hilfe für die berufstätigen Frauen bei der Erziehung ihrer Kinder nachzukommen und den Frauen zu helfen?“ Das sind Fragen, die eng mit unserem sozialistischen Aufbau verbunden sind. Sie werden vielleicht für manchen Bürgermeister einer Gemeinde oder gar für manchen Kreistag unangenehm sein, weil seitens der örtlichen Volksvertretungen diesen Fragen bisher nur ungenügend Beachtung geschenkt wurde. Die Entwicklung der letzten Monate hat jedoch gezeigt, daß sich auch hier bereits ein spürbarer Fortschritt angebahnt hat. Nach der 3. Parteikonferenz und insbesondere nach der Direktive des Sekretariats des Zentralkomitees vom August vergangenen Jahres wurde der Arbeit der Frauenausschüsse größere Aufmerksamkeit zugewandt. Auch von seiten der Frauenausschüsse und allgemein der Arbeiterinnen in den Betrieben wurden die staatlichen Organe ebenfalls stärker auf die Berücksichtigung der Interessen der Frauen orientiert. Ein gutes Beispiel gab die Stadtverordnetenversammlung von Karl-Marx-Stadt, die sich in einer besonderen Sitzung unter Hinzuziehung eines breiten Kreises von Vertreterinnen der Frauenausschüsse aus den Betrieben mit den Fragen der Haushaltserleichterung, des Handels und der Unterstützung der berufstätigen Frauen bei der Erziehung der Kinder beschäftigte und Beschlüsse annahm, die den Interessen der Frauen entsprechen. Ein ähnliches Beispiel gab in Berlin auch der Stadtbezirk Prenzlauer Berg. Der Stadtbezirk Friedrichshain wird sich in den nächsten Wochen ebenfalls auf einer Sitzung der Bezirksverordneten mit den speziellen Fragen der Frauen beschäftigen.

Es muß jedoch festgestellt werden, daß eine solche Initiative der Volksvertretungen bisher nur dort vorhanden war, wo die Bezirks- oder Kreisleitungen der Partei dazu den Anstoß gaben. Eine Änderung wird jedoch dann eintreten, wenn sich die Volksvertretungen selbst enger mit den Werktätigen in den Betrieben verbinden und dabei auch mehr auf die Berücksichtigung der Wünsche der berufstätigen Frauen achten.

Welche Möglichkeiten sich hier eröffnen, zeigt das Beispiel der Stadtverwaltung in Wismar, die die Forderungen der Arbeiterinnen dieser Stadt nach der Einrichtung einer zentralen Waschanstalt anerkannte. Es wurde eine dafür geeignete Halle frei gemacht und bei den Betrieben der Stadt veranlaßt, daß diese die Anschaffung der Kesselanlagen übernahmen. Dieser Beschluß der Stadtverwaltung löste große Initiative aus. Der Frauenausschuß der Mathias-Thesen-Werft diskutierte darüber mit den Arbeiterinnen, die daraufhin beschlossen, selbst bei der Heranschaffung der vielen Kleinigkeiten, die zur Ein-